

WM

**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN**

Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht

1

8. Januar 2005
59. Jahrgang
Seiten 1-52

Redaktion:

Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Jürgen Than,
Frankfurt a. M.

Arne Wittig,
Frankfurt a. M.

Redaktionsbeirat:

Stephan Steuer,
Berlin

Vors. Richter am BGH
Dr. Gero Fischer,
Karlsruhe

Rechtsanwalt
Dr. Wolfgang Gößmann,
Hamburg

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
Hamburg

Rechtsanwalt
Jochen Lehnhoff,
Berlin

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Lwowski,
Hamburg

Prof. Dr. Peter O. Mülbart,
Mainz

Richter am BGH a.D.
Dr. Joachim Siol,
Ettlingen

AUS DEM INHALT:

Seite 1
Prof. Dr. Siegfried Kümpel, Gießen
Verbraucherschutz im Bank- und Kapitalmarktrecht

Seite 8
Rechtsanwalt Thorsten Höche, Berlin
Der Entwurf einer dritten EU-Richtlinie zur Verhinde-
rung der Nutzung des Finanzsystems zu Zwecken der
Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus

Seite 15
BGH, 10.11.2004
Zur Haftung einer Leasinggesellschaft, die zur Refinan-
zierung eines Leasingvertrags die aus diesem Vertrag
resultierenden Forderungen gegen den Leasingnehmer
à forfait an ein Kreditinstitut verkauft (FlowTex)

Seite 28
BGH, 26.10.2004
Voraussetzungen der Beihilfe zur vorsätzlichen sitten-
widrigen Schädigung von Kapitalanlegern durch den
Geschäftsführer einer Optionsgeschäfte ohne ausrei-
chende Risikoaufklärung vermittelnden GmbH

Seite 30
LG Koblenz, 25.11.2004
Keine Unwirksamkeit der Abtretung einer Darlehens-
forderung bei Verstoß gegen das Bankgeheimnis

Seite 33
EuGH, 23.9.2004
Zur Offenlegung von Jahresabschlüssen einer
GmbH & Co. KG

Seite 50
Deutsche Rechtspolitik aktuell

WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Siegfried Kümpel, Gießen Verbraucherschutz im Bank- und Kapitalmarktrecht	1
Rechtsanwalt Thorsten Höche, Berlin Der Entwurf einer dritten EU-Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zu Zwecken der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus	8

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof	10.11.2004	Zur Haftung einer Leasinggesellschaft, die zur Refinanzierung eines Leasingvertrages die aus diesem Vertrag resultierenden Forderungen gegen den Leasingnehmer à forfait an ein Kreditinstitut verkauft; zum gutgläubigen Eigentumserwerb durch Einigung und Abtretung des Herausgabeanspruchs des mittelbaren Besitzers gegen den unmittelbaren Besitzer; zum Fortbestand der von dem Besitzerwerb ausgehenden Eigentumsvermutung zugunsten des früheren Besitzers	15
Bundesgerichtshof	10.11.2004	Zur Haftung einer Leasinggesellschaft, die zur Refinanzierung eines Leasingvertrags die aus diesem Vertrag resultierenden Forderungen gegen den Leasingnehmer à forfait an ein Kreditinstitut verkauft; zum gutgläubigen Sicherungseigentumserwerb des Kreditinstituts an den Leasinggegenständen durch Abtretung des dem Leasinggeber gegen den Leasingnehmer zustehenden Herausgabeanspruchs	23
Bundesgerichtshof	26.10.2004	Zum Vorsatz des Geschäftsführers einer Optionsgeschäfte ohne ausreichende Risikoaufklärung vermittelnden GmbH, Kapitalanleger in sittenwidriger Weise zu schädigen	27
Bundesgerichtshof	26.10.2004	Zu den Voraussetzungen der Beihilfe zur vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung von Kapitalanlegern durch den Geschäftsführer einer Optionsgeschäfte ohne ausreichende Risikoaufklärung vermittelnden GmbH	28
LG Koblenz	25.11.2004	Keine Unwirksamkeit der Abtretung einer Darlehensforderung bei Verstoß gegen das Bankgeheimnis	30
Gesellschaftsrecht			
EuGH	23.9.2004	Zur Offenlegung von Jahresabschlüssen einer GmbH & Co. KG	33
Bundesgerichtshof	8.11.2004	Zur Verpflichtung des Gesellschafters einer OHG, der von einem Mitgesellschafter aus Alters- oder Krankheitsgründen gewünschten Vorwegnahme der im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Nachfolgeregelung zuzustimmen	39
Kammergericht	25.10.2004	Zur Frage, ob ein Verschmelzungsbericht von allen Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden muss	41

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	21.10.2004	Zur Frage der Anfechtbarkeit eines Zwischenurteils, das die Unterbrechung des Rechtsstreits wegen Eröffnung eines Insolvenzverfahrens feststellt	43
Bundesgerichtshof	4.11.2004	Zur Frage der Begründung des Antrags auf Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens	44
Bundesgerichtshof	4.11.2004	Zur Bemessung der Zuschläge zum Regelsatz der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	45
Bundesgerichtshof	5.11.2004	Zur Frage der Berechnung der Vergütung des Zwangsverwalters, der mehrere Grundstücke wie ein einziges Wirtschaftsgut vermietet oder verpachtet	47
Bundesgerichtshof	5.11.2004	Beachtlichkeit des vom Schuldner im Vollstreckungsverfahren des § 887 ZPO erhobenen Einwands der Erfüllung des vollstreckbaren Anspruchs	48

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell	1. Bilanzrechtsreformgesetz; 2. Bilanzkontrollgesetz; 3. Änderung des Signaturgesetzes	50
--------------------------------	--	----

Bücherschau

Uwe Blaurock	Handbuch der Stillen Gesellschaft Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Johannes Wertenbruch, Marburg	52
--------------	---	----

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Jürgen Than, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Stephan Steuer, stellv. Hauptgeschäftsführer und Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Dr. Gero Fischer, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Gößmann, Leiter der Rechtsabteilung der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; Rechtsanwalt Jochen Lehnhoff, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin; Rechtsanwalt Professor Dr. Hans-Jürgen Lwowski, Hamburg; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für deutsches und internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Dr. Joachim Siol, Richter am Bundesgerichtshof a.D., Ettlingen

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorfer Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg, Bad Homburg

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange, (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.com; Lektorat: Dr. Monika Diakité, (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.com; Sekretariat: Elina Vykoukal, (0 69) 27 32-188, E-Mail: e.vykoukal@wmrecht.com

Anzeigen: Dr. Jens Zinke, (0 69) 27 32-265, E-Mail: j.zinke@wmrecht.com; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-253; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Central-Druck Trost GmbH & Co. KG, Industriestraße 2, 63150 Heusenstamm, Telefon (0 61 04) 60 60

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 72,90 (einschl. 7% MwSt. € 4,77) + € 5,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,39 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 7,45 Versandkostenzuschlag.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2005 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilung.com

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV